

Kampfdrohnen für die Bundeswehr: (K)eine Scheindebatte

von Christoph Marischka

Drohnen längst im Einsatz

Nach eher zaghaften Andeutungen des damaligen Bundesverteidigungsministers De Maizière im Jahr 2012 legte sich dieser Anfang 2013 auf den Kauf bewaffneter Drohnen fest. Vorangegangen waren zu diesem Zeitpunkt schon umfangreiche Vorarbeiten des Ministeriums: Eine Studie zur Wirksamkeit von unbemannten Luftangriffsflugzeugen, Konzeptionelle Grundvorstellungen zu ihrem Einsatz und eine „Technikfolgenabschätzung“. Bereits seit 2004 forscht die Universität der Bundeswehr in München an unbemannten Kampfflugzeugen mit Tarnkappeneigenschaften und einem hohen Grad an Autonomie, die in ganzen Schwärmen von einer einzelnen Person überwacht verschiedene Ziele angreifen und gegnerischen Stellungen ausweichen können. Seit mehreren Jahren wird außerdem die Entwicklung eines „Wirkmittels zur abstandsfähigen Bekämpfung von Einzel- und Punktzielen“ (Wabep) aus dem Bundeshaushalt querfinanziert, das aus einem Verbund zwischen Aufklärungsdrohne und Rakete bzw. Kamikazedrohne besteht.

Mit Unterstützung der Bundesregierung hat parallel die Europäische Union verstärkt ab 2007 umfangreich die Entwicklung von unbemannten Flugzeugen insbesondere für die Bekämpfung „illegaler Migration“ und den Katastrophenschutz finanziert und kam damit der Forderung der sich formierenden EU-Rüstungsindustrie entgegen, die diesen Trend bis dahin weitgehend „verschlafen“ und dann um den Komplex Drohnen herum intensiven Lobbyismus entwickelt hatte. Dass es dabei ganz konkret auch um die Förderung militärischer Fähigkeiten und die Schaffung entsprechender Industrieverbünde ging, hat die Europäische Rüstungsagentur EDA offen eingeräumt, die zeitgleich konzeptionelle Grundlagen für den gemeinsamen Einsatz militärischer Drohnen erarbeitete. Gegenüber der NATO hat sich die Bundesregierung außerdem verpflichtet, hochfliegende Drohnen von der Größe herkömmlicher Passagierflugzeuge für die abbildende Aufklärung anzuschaffen und mit dem US-Drohnenhersteller Northrop Grumman den später geplatzten Auftrag über die Anschaffung des „Euro Hawk“ zur signalerfassenden Aufklärung abgeschlossen. Aufklärungsdrohnen mit kleinerer Größe und Reichweite waren da bei der Bundeswehr jedoch schon seit über einem Jahrzehnt, u.a. im Kosovo und in Afghanistan im Einsatz.

Kampagne und Rahmenbedingungen

Trotzdem verursachte die Ankündigung der Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr große Aufregung und stieß eine intensive, überwiegend von Ablehnung geprägte Debatte an. Die Gegner aus Friedensbewegung und Überwachungskritischer Bewegung organisierten sich u.a. in der „Kampagne gegen die Etablierung von Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung“ (drohnen-kampagne.de), die schnell über 150 Organisationen und 20.000 Unterschriften hinter ihrem Appell „Keine Kampfdrohnen“ versammeln konnte. Zwar wurde ihr bislang eher wenig öffentliche Aufmerksamkeit zuteil, es gelang ihr jedoch u.a. mit ihren „Wahlprüfsteinen“, die damaligen Oppositionsparteien im Wahlkampf auf eher droh-

nenkritische Standpunkte zu verpflichten, außerdem sorgte sie für einen hohen Grad an Informiertheit und Vernetzung zwischen Kritiker_innen der Nutzung von Drohnen im In- und Ausland und zwischen den entsprechenden Bewegungen weltweit.

Denn die internationale Dimension war und ist von größter Bedeutung: Sowohl in den Einsatzgebieten (u.a. Jemen und Pakistan) als auch in den USA selbst wuchs der Widerstand gegen die US-Drohnenkriegsführung, die in engem Zusammenhang mit den von Edward Snowden aufgedeckten Praktiken westlicher Geheimdienste steht. Ein engagierter Journalismus, wie er zuvor Jahre lang gefehlt hatte, deckte zudem die Bedeutung der US-Basen AfriCom und Ramstein in Deutschland für diese Kriegsführung auf. Ansonsten gegenüber der eigenen Regierung eher unkritische Thinktanks in den USA warnten zugleich vor der Tendenz der wachsenden Autonomie von Waffensystemen, wobei sie sich allerdings stark auf die Entkoppelung des Einsatzes tödlicher Gewalt von menschlicher Entscheidung und Verantwortung fokussierten. Trotzdem führten all diese Tendenzen gemeinsam mit dem spektakulären, millionenschweren Scheitern der Euro-Hawk-Anschaffung für eine belebte und im besten Sinne aufgeregte Debatte in Deutschland.

Vom Schutz der Soldaten und der Ausweitung der Kampffzone

Entsprechend wurden für die Bundeswehr vor der Wahl im Herbst 2013 keine bewaffneten Drohnen mehr gekauft und die neue Verteidigungsministerin Von der Leyen mied das Thema zunächst auffallend. Stattdessen überließ sie es Vertretern der Rüstungsindustrie und der Bundeswehr selbst, auf die Entscheidung zur Anschaffung zu drängen. Die Befürworter_innen hatten zuvor intensiv zwei diskursive Strategien verfolgt: einerseits eine vehemente Abgrenzung von der US-amerikanischen Praxis „gezielter Tötungen“ durch die Beteuerung einer Eingrenzung des Einsatzes auf den unscharfen Begriff des Gefechtsfeldes; andererseits durch die wiederholte, aber durch nichts substantiierte Behauptung, man werde sich einer weiteren Autonomisierung entgegenzusetzen. Entsprechende Formulierungen wurden auch in den Koalitionsvertrag aufgenommen, zusammen mit der Ankündigung, vor der möglichen Anschaffung bewaffneter Drohnen eine Debatte zu führen. An anderer Stelle jedoch wird darin die Entwicklung einer EU-Drohne explizit begrüßt, obwohl damals schon klar (wenn auch nicht klar formuliert) war, dass diese bewaffnungsfähig sein wird.

Es ist v.a. die SPD-Position, die hierin zum Ausdruck kommt. Deren Basis und Jugendorganisationen unterstützen teilweise aktiv den Appell „Keine Kampfdrohnen“, hinzu kommt eine Ablehnung von Kampfdrohnen bei einzelnen Abgeordneten und insbesondere die Absicht, diese lieber selbst, in Deutschland und Europa zu produzieren, als – wie für eine kurzfristige Anschaffung notwendig und vorgesehen – in den USA oder Israel zu leasen.

Zwischenzeitlich führten die Befürworter_innen von Kampfdrohnen für die Bundeswehr zwei weitere Argumentationsstränge in die Diskussion ein. Das war einerseits – sehr vehement und wirkmächtig – die vermeintliche Notwendigkeit bewaffneter Drohnen für „den Schutz“ deutscher Soldatinnen und Soldaten und andererseits – mit deutlich weniger öffentlicher Relevanz – die parlamentarische Kontrolle, der ja alle Auslandseinsätze und zukünftig auch der Einsatz von Drohnen unterliegen sollten.

Gemeinsam ergaben sie (sicher nicht zufällig) die Vorlage für die Entscheidungsfindung für Von der Leyen: Aus Verantwortung gegenüber den Soldaten müssen diese neuen Waffen angeschafft werden, die Verantwortung für ihren Einsatz wird ja dann im Einzelfall dem Parlament obliegen. Diese Entscheidung deutete die Ministerin dann just einen Tag vor einer „öffentlichen“ (Journalist_innen waren zugelassen, eine Video-Übertragung nicht) Anhörung des Verteidigungsausschusses mit Sachverständigen an. Diese von Regierungsseite als Höhepunkt und Abschluss der Debatte gedachte, tatsächlich kontroverse Anhörung entsprach weitgehend den genannten Rahmenbedingungen:¹ Vertreter des Militärs widerholten in abwechslungsweise rührseliger (wenn es um die eigenen Soldaten ging) und martialischer Sprache (wenn es um den zu neutralisierenden Feind ging) das einzige Argument des Schutzes der Soldaten, wiesen alle Argumente der Kritiker_innen pauschal zurück und wurden darin von den Unionsfraktionen bestärkt. Diese Argumente waren jedoch durchaus substanzhaltig. Marcel Dickow von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) beschrieb ausführlich die längst entfaltete Dynamik hin zu mehr Autonomie, Niklas Schörning von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) betonte die drohende Entgrenzung und Beschleunigung des Schlachtfeldes und die Transformation von Doktrin, Strategie und Taktik (auch aufseiten der Gegner). In eine ähnliche Richtung argumentierte ich als Mitglied der Drohnen-Kampagne und Vertreter der Informationsstelle Militarisierung: Der Wunsch nach bewaffneten Drohnen sei Ausdruck einer bereits stattgefundenen Entgrenzung und Enthemmung bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr ohne nennenswerte Risiken eigener Verluste, klare Ziele und damit auch die Gefahr des Scheiterns. Über den konkreten Verlauf dieser Missionen und etwa die Zahl getöteter Zivilisten werde das Parlament nicht unterrichtet und es interessiere sich auch nicht sonderlich dafür. Allein die Debatte um den Schutz der Soldat_innen und die Sprache der Militärs offenbare außerdem eine zunehmend offensivere taktische Ausrichtung, die sich alleine durch die Diskussion um bewaffnete Drohnen entfalte. Erstaunlicher Weise knüpften insbesondere die Abgeordneten der SPD hieran an und fragten mehrmals, in welcher der aktuellen Missionen ein solches Waffensystem gebraucht werde und weshalb die Militärs davon ausgingen, dass sich Szenarien wie in Afghanistan wiederholen würden. Auch die Abgeordneten der Grünen und der LINKEN brachten durch ihre Fragen ihre tendenzielle bis entschiedene Ablehnung bewaffneter Drohnen zum Ausdruck.

Keine Scheindebatte

Mittlerweile ist klar, dass mittelfristig auf europäischer Ebene eine bewaffnungsfähige Drohne entwickelt werden und kurzfristig durch Deutschland eine bewaffnungsfähige Drohne für die Luftwaffe gemietet werden soll. Die anderen Teilstreitkräfte werden nachziehen wollen und die anstehende tatsächliche Bewaffnung und konkrete Einsätze die Diskussion weiter am Laufen halten. Denn trotz umfangreicher und strategischer Inszenierung handelt es sich hier um keine Scheindebatte. Vielmehr entzündet sich an den Drohnen als expliziter Offensivwaffe eine breite Diskussion um die Militarisierung der deutschen Außenpolitik, an den Standorten der US- und der zukünftigen deutschen Drohnenkriegführung formiert sich Protest. In ihrem Kommentar zur Anhörung schrieb etwa die Südwestpresse: „Die Bundeswehr ist eine Verteidigungsarmee. Passen zu diesem Auftrag bewaffnete Drohnen?“ Während die Eliten verstärkt eine neue Großmachtrolle für Deutschland einfordern – für die die

Anschaffung von Kampfdrohnen folgerichtig wäre –, zeigt sich in der breiten Ablehnung der Bevölkerung gegen Kampfdrohnen die Ablehnung der aggressiven, militaristischen, teuren und gefährlichen Entgrenzung der herrschenden Außenpolitik. Jedes neue Waffensystem ist ein Ausdruck und befördert eine neue Strategie, aber wann wurde zuletzt so heftig um die Einführung eines neuen Waffensystems gestritten?

Anmerkung

- 1 Die schriftlichen Stellungnahmen, die einige der Sachverständigen (der Autor, Marcel Dickow von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Niklas Schörning von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und Hellmut Königshaus, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages) zuvor eingereicht hatten, finden sich unter: www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a12/oeffentliche_anhoerung.



Drohne Mikado im Einsatz: ILA 2012. Foto: Bundeswehr, über Flickr, Bundeswehr/Schulze